

Rede zur Verabschiedung des Haushaltsplans 2016

Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren Ratsmitglieder,

wenn wir an diesem Tage kurz vor Jahresende den Haushaltsplan für 2016 verabschieden, fassen wir die entscheidenden Beschlüsse für die Entwicklung unserer Stadt im kommenden Jahr. Für den Blick nach vorn ist es jedoch erforderlich, den derzeitigen Zustand festzustellen, wozu auch eine Überprüfung zentraler Entwicklungen des zu Ende gehenden Jahres erforderlich ist.

Ich beginne mit einer kurzen Zusammenfassung der aktuellen finanziellen Situation unserer Stadt.

Nach dem Haushaltsplanentwurf werden 326 Mio. Euro Erträge erwartet, wovon 235 Mio. Euro auf Einnahmen aus der Gewerbesteuer entfallen.

Diesen Erträgen stehen 323 Mio. Euro ordentliche Aufwendungen gegenüber.

Letztlich soll der Haushaltsüberschuss 4,3 Mio. Euro betragen und in den kommenden Jahren weiter absinken.

Nach den Planungen soll sich bei einer Entwicklung des Eigenkapitals von jetzt 413 Mio. Euro auf 425 Mio. Euro bis Ende 2019 die Liquiditätsreserve rückläufig entwickeln, was umfangreichen Investitions- und sonstigen Ausgabenentscheidungen geschuldet ist.

Die finanzielle Situation ist also weiterhin außerordentlich positiv. In weiten Teilen ist unsere Stadt den Weg der Prosperität weitergegangen.

Dieser Zustand, dessen Grundlagen von langer Hand vorbereitet waren und den wir alle erreichen wollten, hat uns im ablaufenden Jahr die Durchführung einer Vielzahl von Maßnahmen und Investitionen ermöglicht und erleichtert auch die Beschlüsse für weitere notwendige wertvolle Projekte.

Für das ablaufende Jahr sind hierbei zu nennen ganz besonders die Fertigstellung und Eröffnung der Musik- und Kunstschule sowie der Krischerstraße.

Als Pläne für 2016 nenne ich beispielhaft

- die in erheblichem Umfang vorgesehenen Kanalbaumaßnahmen sowie die in diesem Zusammenhang erforderlichen Straßenbaumaßnahmen;
- die Umgestaltung der Hauptstraße in Baumberg;
die Umgestaltung des Stadteingangs;
- die Erschließung der Uferböschung am Stadteingang mit Rampe und Treppenanlage;
- die weitere Realisierung des Medienkonzepts für alle unsere Schulen;
- nach dem kürzlich beschlossenen Grundstückserwerb die Errichtung der Außensportanlage der Peter-Ustinov-Gesamtschule.

Nach eingehender Prüfung kann und wird die SPD-Fraktion dem Bau der Verbindungsstraße Heide von der Lichtenberger Straße zur Alfred-Nobel-Straße nicht zustimmen. Wie bereits im Fachausschuss ausgeführt, stehen unserer Bewertung nach die möglichen Vorteile für eine Verkehrsreduzierung auf der Opladener Straße in keinem vernünftigen Verhältnis zu den ökologischen Nachteilen durch den Bau dieser projektierten Straße.

Das Wäldchen und der Alte Markt

Damit komme ich unweigerlich auf den Bebauungsplan 142M, also das „Wäldchen“ und die in seinem Bereich geplanten Baumaßnahmen.

Es handelt hierbei um ein **Trauerspiel in 5 Akten mit Prolog und Epilog**

Prolog

Noch zu Beginn dieses Jahres hätten die wenigsten Monheimer damit gerechnet, dass diese Waldfläche zum Aufreger des Jahres 2015 aufsteigen würde, war doch vor einem Jahr auch noch kein Wort zu diesem Thema in der Online-Beteiligung zu finden. Übrigens sehr trickreich, eine Maßnahme erst nach Beschluss des Haushaltsplans in die Welt zu setzen und dann bis zum Jahresende abzuschließen.

Im Jahre 2011 war der erste Vorstoß der Peto-Fraktion in diese Richtung nach deutlichem Protest in der Öffentlichkeit und bei den anderen Ratsfraktionen gestoppt worden. Peto hatte den Antrag zurückgenommen und der Fachausschuss stattdessen einstimmig beschlossen, dass die Städtischen Betriebe für regelmäßige Sauberkeit zu sorgen hätten.

Die Monheimerinnen und Monheimer durften wohl im Vertrauen auf verlässliche Politik davon ausgehen, dass das Wäldchen in seinem Bestand gesichert sei. Doch wer das Verhalten von Peto seit der letzten Wahl aufmerksam wahrgenommen hat, darf eigentlich vom weiteren Vorgehen nicht überrascht sein.

Erster Akt

Im Zusammenhang mit dem gewiss erforderlichen Bau einer weiteren Kindertagesstätte im Berliner Viertel wird am 23. April 2015 im Planungsausschuss ein Aufstellungsbeschluss für diesen Bebauungsplan 142M mit dem Inhalt „Neubau Kindertagesstätte und ergänzende Wohnbebauung im Innenbereich“ serviert. Es wird wörtlich ausgeführt:

„Die Waldfläche wurde mit der Unterstützung durch Fördermittel in den 70er Jahren im Rahmen der inneren und äußeren Erschließung des Berliner Viertel angelegt. Die zeitliche Zweckbindung ist abgelaufen.“

In derselben Sitzung lässt der Bürgermeister wissen, das Wäldchen habe keinen ökologischen Wert und sei eine Fehlplanung. Und es besitze auch im Bewusstsein der Bevölkerung keinen besonderen Stellenwert, ansonsten hätte man ja im Mängelmelder die erkennbare Vermüllung angezeigt.

Unabhängig von der Frage, wer denn für die regelmäßige Sauberkeit zu sorgen gehabt hätte, weist eine Mitbürgerin nach, dass sie sehr wohl eine Mängelanzeige abgegeben habe.

Zweiter Akt

Die SPD-Fraktion kann auf Grund einer Luftaufnahme aus etwa dem Jahr 1958 belegen, dass das Wäldchen damals schon existiert hat und keine spätere Anpflanzung, sondern wahrscheinlich der Restbestand einer noch älteren zusammenhängenden Waldfläche ist.

Im Grunde handelt es sich bei diesem Scharmützel nur um eine banale Nebenhandlung. Völlig unabhängig vom Alter des Wäldchens ist festzustellen: Es wird schlechtgeredet. Es soll weg. Egal, mit welcher Begründung. Kein Monheimer wird dem Wäldchen einen Standort im Innenbereich zuerkennen, auch ohne Dienst im Naturschutz ist jedem billig denkenden Menschen die ökologische Bedeutung einer solchen bewaldeten Fläche in der Nähe eines dicht bebauten Wohngebietes bewusst. Da helfen auch alle Aufforstungspläne an anderer Stelle nicht.

Dritter Akt

In der Verwaltungsvorlage zur Offenlage des Bebauungsplans zur Ausschusssitzung am 27.08.2015 wird ausgeführt:

„Gemäß Bundeswaldgesetz handelt es sich bei dem vorhandenen Baumbestand in Teilen (rund 6.500 m²) um Wald im Sinne des Gesetzes.“

Aha, es ist ein Wald, aber nur in Teilen, und es ist leider nicht mehr 1,1 ha, sondern nur noch 6.500 m² groß. Da es sich angeblich im Innenbereich befindet, kann auf eine

Umweltprüfung verzichtet werden.

Wieder weist die Verwaltung im Begründungstext auf große Vermüllung hin, die innenliegenden Wege seien nicht beleuchtet und entzögen sich der sozialen Kontrolle. Ich werde dieses Wäldchen niemals mit dem Knipprather Wald vergleichen, aber was soll man denn nun mit einem Wald anstellen, dessen Wege nicht beleuchtet sind?

Vierter Akt

In der Sitzung des Planungsausschusses am 26.11.2015 beschließt die Peto-Mehrheit den Bebauungsplan Nr. 142M als Satzung.

Fünfter Akt

Satzungsbeschluss mit gleicher Mehrheit in der heutigen Ratssitzung.
Die notwendige Änderung des Flächennutzungsplans, in dem das Wäldchen als Waldfläche dargestellt ist, ist noch nicht beschlossen.

Epilog

Völlig unabhängig, ob sich im Wäldchen schützenswerte Pflanzen oder Tiere befinden, ist es auf Grund seiner bloßen Existenz schutzwürdig.

Völlig unabhängig von seinem Alter und des angeblich unterschiedlichen Wertes seiner Bäume ist es zu erhalten.

Eine auf einer überdimensionierten Grundfläche geplante Kindertagesstätte und 17 Reihenhäuser dürfen nicht der Auslöser für die Beseitigung des Wäldchens sein.

Im Hinblick auf die weitere Verdichtung der Bebauung im Berliner Viertel – das große Projekt mit der schönen Bezeichnung „Unter den Linden“ - ist es für das Kleinklima im Viertel von höchster Bedeutung.

Da helfen auch die Ausgleichsflächen nicht. Der Wald an dieser Stelle ist dann verschwunden. Übrig bleiben nur einzelne Bäume.

Der Rest ist Erinnerung.

Im Zusammenhang mit der Umgestaltung des Alten Marktes ist mit dem gleichen Vorgehen zu rechnen. Die von der Peto-Mehrheit durchgesetzte Planung sieht die Beseitigung sämtlicher Kugelakazien im unteren Bereich der Turmstraße vor, da sie angeblich die Sicht auf den Rheinpark beeinträchtigen – was Dutzende Fotos widerlegen - , da sie sowieso am Ende ihrer Lebenserwartung stünden und ahistorisch seien.

Mehr als 3.000 Unterschriften hat eine parteiunabhängige Bürgerinitiative gesammelt, ein Kompromissangebot der SPD-Fraktion an den Bürgermeister blieb unbeantwortet. Wir sind gespannt, mit welchem Ergebnis die Bürgerversammlung zu dieser Sache im kommenden Januar abschließen wird.

Ich erlaube mir, in diesem Zusammenhang Helmut Schmidt zu zitieren:

„Die Demokratie lebt vom Kompromiss. Wer keine Kompromisse machen kann, ist für die Demokratie nicht zu gebrauchen.“

Die Aufnahme der Asylbewerber in Monheim

In meiner letztjährigen Haushaltsrede habe ich darauf hingewiesen, dass im Jahre 2015 Asylbewerber wahrscheinlich in größerer Anzahl als bisher nach Monheim kommen werden. Dabei habe ich wörtlich gesagt:

„Wir erwarten von der Verwaltung und darüber hinaus von allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, dass wir sie unseren Werten entsprechend aufnehmen und ihnen menschenwürdige Aufenthaltsbedingungen schaffen. Zeigen wir Solidarität mit denen, die unserer Hilfe am meisten bedürfen.“

Meine Feststellung ist von der Realität zahlenmäßig erheblich übertroffen, meine optimistischen Erwartungen sind in vollem Umfang erfüllt worden.

In völliger Einmütigkeit haben Verwaltungsspitze und die gesamte Verwaltung sämtliche Maßnahmen getroffen, dass die uns zugewiesenen Schutz suchenden Menschen von der ersten Minute an angemessene Unterbringung, Versorgung und Betreuung finden konnten. Wir wissen, dass sich einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit eingesetzt haben. Dafür möchte ich ihnen unseren herzlichen Dank aussprechen.

In diesen Dank möchte ich einbeziehen die hauptamtlichen und ehrenamtlichen Kräfte des Roten Kreuzes und des Arbeiter-Samariter-Bundes, des Beratungszentrums und des SKFM sowie alle Einzelpersonen und Familien, die sich in unglaublich großer Zahl engagiert haben und es weiterhin tun. Sie alle tragen eine große Last und Verantwortung, indem sie den Flüchtlingen die Probleme der schwierigen Unterbringungssituation und der Eingewöhnung erträglich gestalten helfen und auch mit menschlicher Zuwendung zur Seite stehen.

Dank gebührt auch den Sportvereinen, die nicht über den Nutzungsausfall der Lieselott-Diem-Halle lamentiert haben, sondern gemeinsam Lösungen gesucht und mit Hilfe anderer Einrichtungen gefunden haben.

Es lässt sich in der Tat nicht verhehlen, dass auf den höheren politischen Ebenen wie Bund und Europäische Union zur Zeit keine Lösungen für angemessene Verfahren zur Aufnahme, Verteilung und Versorgung gefunden werden, ja nicht einmal ansatzweise erkennbar sind. Völlig unabhängig davon haben wir als Stadtrat einmütig – auch erkennbar durch die einstimmig verabschiedete Resolution vom 10. September 2015 – sämtliche erforderlichen Beschlüsse zur Unterbringung der Asylbewerber gefasst, auch die mit erheblichen finanziellen Konsequenzen für die

Stadt Monheim.

Ihr Herz für die Schutz suchenden Menschen hat die gesamte Bevölkerung mit der spontanen Durchführung des Festes der Kulturen am 23. Oktober gezeigt, dieses bunten Kontrapunktes gegen die unsägliche ausländerfeindliche Demonstration hinter dem Rathaus-Center.

Ich bin zuversichtlich, dass wir in Monheim diesen Weg der Solidarität mit denen, die unsere Hilfe benötigen, weiterhin gemeinsam gehen werden.

Bestandteile des solidarischen Handelns sind auch sämtliche Maßnahmen mit finanzieller Auswirkung, seien es personelle Aufstockungen in den unterschiedlichen Fachbereichen als auch die notwendigen Zuschüsse an die verschiedenen freien Träger. Die erforderlichen Beschlüsse werden wir gern unterstützen.

Wir unterstützen ebenfalls die schulischen Maßnahmen zur Integration der Flüchtlingskinder, wobei wir sehr wohl wissen, welche Belastungen für die beteiligten Schulen und Lehrkräfte damit verbunden sind. Dabei wünschen wir uns auch noch eine weitergehende Beteiligung sämtlicher Schulformen und Schulen in unserer Stadt an dieser Aufgabe, so wie das auch in anderen Städten selbstverständlich geschieht.

Der Stellenplan

Am Tag vor der Einbringung des Haushaltsplans für das Jahr 2016 hat der Bürgermeister sich an alle städtischen Bediensteten gewandt, um ihnen die Grundzüge des Entwurfs mitzuteilen und zu erläutern.

Darin weist er unter anderem auf die erneute und jetzt letztmalige Ausweitung des Stellenplans hin, wobei er betont, die Stellenplanausweitungen der letzten Jahre seien nicht beliebig gewesen und nur dort erfolgt, „wo politische und strategische Schwerpunktsetzungen es erfordert haben“.

Und weiter wörtlich: **„Keine der Neueinstellungen war dazu gedacht, den übrigen Beschäftigten die Arbeit zu erleichtern.“**

Dieser Satz wird einen besonderen Motivationsschub bei all denen ausgelöst haben, die an verschiedenen Arbeitsplätzen innerhalb des Rathauses ihre Pflichten teilweise bis zum Anschlag erfüllt haben.

Der Stellenplan für 2016 weist jetzt endlich in den von mir gemeinten Verwaltungsbereichen Stellenausweitungen aus, die dem gestiegenen Arbeitsvolumen der vergangenen Jahre geschuldet sind und teilweise auch schon im Vorjahr hätten erfolgen dürfen.

Selbstverständlich unterstützen wir weiterhin die Stellenausweitungen, sofern sie den

Kinder-, Jugend- und Bildungsbereich betreffen. Gleiches gilt für die Entscheidungen für die Bereiche Ordnung und Soziales, Bauwesen und Bauaufsicht sowie das Gebäude- und Liegenschaftsmanagement.

Nicht unsere Zustimmung fanden schon im Vorjahr die im Übermaß vorgenommenen Einstellungen in der Wirtschaftsförderung, in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wie auch in der Tourismusförderung. Das gilt weiterhin.

Zu unserem Bedauern ist der erneute Antrag zur Aufstockung um 1 Planstelle in der **Rechnungsprüfung** abgelehnt worden. Diese neuerliche Ablehnung trifft auf unser völliges Unverständnis: 3 Personen auf zusammen 2 Planstellen haben 2016 ein Bauvolumen zu prüfen, das mit 42,2 Mio. Euro sechsmal so hoch ist wie das noch im Jahre 2011, abgesehen davon, dass nicht städtische Planungsbüros Aufträge für die Stadt erledigen, die ihrerseits zum städtischen Investitionsvolumen beitragen.

Diesem erhöhten Bauvolumen entsprechend sind in den verschiedenen Bereichen mittlerweile erhebliche Stellenausweitungen vorgenommen worden; entsprechend muss auch die Rechnungsprüfung personell ausgestattet werden.

Auf den erhöhten Prüfungsbedarf durch den Anstieg der Fallzahlen in anderen Bereichen wie dem Jugendamt oder dem Gebäude- und Liegenschaftsmanagement will ich jetzt nur hinweisen.

Da hilft auch nicht der Verweis der Verwaltung auf die ausgelagerte Gesamtprüfung, die maximal mit einem Stellenanteil von 0,25 bis 0,5 Planstellen angerechnet werden dürfte.

Hier besteht ein Ungleichgewicht innerhalb der Personalausstattung.

Wir halten unseren Aufstockungsantrag aufrecht, weil die präzise Arbeit der Rechnungsprüfer von größtem Wert für ordentliches Verwaltungshandeln ist und der Eindruck verhindert werden muss, dass man in Monheim eine „Rechnungsprüfung light“ wünscht.

Weitere Senkung des Hebesatzes der Gewerbesteuer

Eingangs stellte ich fest: Die finanzielle Situation ist weiterhin außerordentlich positiv.

Aber nach hier im Hause vorherrschender Einschätzung nicht positiv genug. Bei der Einbringung des Haushalts führte der Bürgermeister aus – die Zahlen dürften uns geläufig sein -, um in Europa konkurrenzfähig zu sein, müsse der Gewerbesteuerhebesatz von 285 auf 265 Prozentpunkte gesenkt werden.

„Signal senden an Europa“ lautet das Motto.

Das bedeutet: Nicht in Nordrhein-Westfalen, auch nicht in Deutschland befinden sich die konkurrierenden Standorte, sondern im europäischen Ausland.

Fast schon entschuldigend wird darauf hingewiesen, dass die Nachbarstädte seit der Senkung des Hebesatzes in Monheim keinen Einbruch in ihren Einnahmen erlitten haben.

Leverkusen und Düsseldorf ausgenommen.

Dazu sind zwei Anmerkungen zu machen:

1. Ich stimme dem Bürgermeister zu bei seiner Feststellung, dass der Hebesatz der Gewerbesteuer verlässlich Bestand haben muss. Der Weg zurück nach oben ist versperrt. Aber gerade diese Tatsache muss zur Erkenntnis führen, dass wir den Weg nach unten nicht bis zum Äußersten gehen dürfen. Noch ein Stück, und noch ein Stück, bis wir die 25%-Steuerquote für Unternehmen aus Gründen des Wettbewerbs möglichst noch unterschritten haben. Auch dann dürfte es aus Gründen der Verlässlichkeit kein Zurück geben. Was bedeutet das?

Eine weitere Senkung des Hebesatzes ist derartig risikobehaftet, dass wir es als grob fahrlässig betrachten, die Hand dafür zu heben.

Wer die Zukunft plant, muss wissen, wie weit er gehen kann.

Wir dürfen nicht in diese Art des Steuerextremismus verfallen.

Nachdem uns die Kämmerin bei der Vorstellung des Haushaltsplanentwurfs unserem Verständnis mit mehreren Zitaten weitergeholfen hat, möchte ich dies auch unternehmen.

Aristoteles behandelt im Zentrum seiner Philosophie die Tugend der Gerechtigkeit.

Ich zitiere:

„Wer mehr will, als ihm zusteht, und damit Ungleichheit schafft, verstößt gegen die Gerechtigkeit.“

Und an anderer Stelle:

„Die Gerechtigkeit ist also eine Mitte, ... weil sie die Mitte schafft. Die Ungerechtigkeit hingegen schafft die Extreme.“

Die SPD-Fraktion hat die bisherigen Senkungen des Gewerbesteuerhebesatzes aus Einsicht und Verantwortung mitgetragen, eine weitere Senkung lehnt sie aus den gleichen Gründen ab.

2. Über den Begriff der Gerechtigkeit komme ich zum Aspekt der europäischen Konkurrenz.

Fast schon bizarr ist das erste Ergebnis dieses „Signals an Europa“. Wie wir erfahren

haben, kommt als nächstes Unternehmen die Hauptverwaltung des Unternehmens Oxea aus Oberhausen nach Monheim, und zwar mit einer jährlich zu erwartenden Gewerbesteuerzahlung von etwa 10 Mio. Euro.

Der neue Oberhausener Bürgermeister hat sich mit Sicherheit übermäßig gefreut, dass die Oxea-Zentrale mit Geschäftsführung, Finanzen, Marketing, Einkauf und Technik unter Mitnahme dieser Summe wegzieht und die ökologisch problematische Industrie wenigstens am Ort bleibt – und das, nachdem unser Bürgermeister ihm während des Wahlkampfes am 24. März dieses Jahres in einer CDU-Versammlung seine guten Ratschläge für eine erfolgreiche Unternehmensförderung vorgetragen hat.

Die SPD-Fraktion hat – in bescheidenerem Maße als die CDU – auch an unsere Mitbürger in Monheim ein Zeichen setzen wollen und die Senkung des Hebesatzes der Grundsteuer B, also für bebaute Grundstücke, um 20 Prozentpunkte beantragt. Eine kleine, aber feine Senkung der Mietnebenkosten für alle, die in Monheim wohnen, wäre dabei herausgekommen. Dieser Antrag wurde von Peto abgelehnt.

Begründungen:

Der Bürgermeister: „Kein Spielraum für die geringste Senkung der Grundsteuer B, kein Profit, da die Liquiditätsreserve im Übermaß reduziert wird.“

Die Peto-Fraktionsvorsitzende: Ablehnung, da „Gießkanne“, hingegen Senkung der Gewerbesteuer ist „nachhaltige Steuerpolitik“.

In der Tat wird der Liquiditätsüberschuss durch die diversen Investitionsmaßnahmen verringert, aber da entsprechende Werte auf der Aktivseite der Bilanz geschaffen werden, handelt es sich letzten Endes weitestgehend Teil nur um eine Umbuchung vom Finanzanlage- auf das Sachanlagevermögen.

Im Übrigen ist zu fragen, ob und in welchem Umfang alle geplanten Maßnahmen erforderlich sind. Jede einzelne Maßnahme mag für sich genommen positiv zu bewerten sein, in der Summe ist es dann womöglich zu viel. Es ist nicht vermessen zu fordern, in dieser Hinsicht über das Setzen von Prioritäten und Zeitplänen diskutieren, das Wesentliche vom Unwesentlichen unterscheiden zu dürfen - allerdings leidet in diesem Hause seit dem letzten Jahr die Diskussions- und Beteiligungskultur in erheblichem Maße.

Bereits vor einem Jahr sah ich mich veranlasst, den problematischen Umgang der Peto-Mehrheit im Rat mit abweichenden Positionen kritisch zu beleuchten. Natürlich durfte ich nicht erwarten, dass kritische Anmerkungen von Seiten der SPD-Fraktion eine Verhaltensänderung bewirken könnten.

Ich komme nicht umhin, heute an dieser Stelle auf mehrere bemerkenswerte Besonderheiten der Ratsmehrheit im Umgang mit ihrer Macht hinzuweisen.

Erstes Beispiel: Das Kulturtaxi

Als jüngstes Beispiel mag der Umgang mit einem Mehrheitsbeschluss im Ausschuss für Generationen, Kultur, Soziales und Ordnung im Rahmen der Haushaltsplanungen dienen.

8.000 Euro sollen für die Einrichtung eines Kulturtaxis in den Haushalt eingestellt werden, wobei die Mittel mit einem Sperrvermerk versehen werden, bis der Rat ein entsprechendes Konzept verabschiedet hat. Wie schon unmittelbar nach dem Beschluss in der Sitzung vom Bürgermeister mitgeteilt, findet sich in der Änderungsliste die Formulierung: „Die Verwaltung wird hierzu allerdings keine Vorlage erarbeiten, weil sie die vorhandenen Nahverkehrsangebote zur Erreichbarkeit von Kulturveranstaltungen für ausreichend hält.“

Der Ausschuss für Generationen, Kultur, Soziales und Ordnung ist der einzige Ratsausschuss ohne Peto-Mehrheit. Das bedeutet: Ein derartiger eindeutiger und bindender Beschluss muss dann eben von Amts wegen korrigiert werden. Man behandelt ihn wie ein lyrisches Gedicht, das man unterschiedlich interpretieren kann.

Welchen Wert haben Ausschussbeschlüsse, wenn sie mit der Mehrheit der sachkundigen Bürger im Fachausschuss zustande gekommen sind?

Weiß der Bürgermeister überhaupt, warum besonders in der dunklen Jahreszeit viele ältere Menschen in unserer Stadt überhaupt nicht am öffentlichen Leben teilnehmen? Kennt er neben den Haltestellen der Buslinien auch die Fahrpläne, dass er genau wüsste, wann welche Linie mit welcher Frequenz überhaupt fährt beziehungsweise nicht mehr fährt?

Zum besseren Verständnis seiner Grundhaltung wiederhole ich das Zitat aus dem Vorjahr – Originalton Bürgermeister Zimmermann:

„Wir sind Hauptstadt für Kinder, nicht für Senioren.“

Weiteres Beispiel: Die Halbtagsbetreuung

Eine Elterngruppe stellt im Sommer 2015 korrekt nach §24 Gemeindeordnung NRW den Antrag, den Bedarf für eine Halbtagsbetreuung an Monheimer Grundschulen bis 14:00 Uhr zu ermitteln.

Sie wünschen eine weitere Alternative zwischen einem offenen Ganztagsmodell, bei welchem das Kind von seinen Eltern frühestens werktags um 15:00 Uhr aus der Schule abgeholt werden darf, und einer reinen Betreuung während der Unterrichtszeit.

Die Antragsteller verweisen auf ein kontroverses Gespräch mit dem Bürgermeister und den Mitgliedern der Peto-Fraktion, dessen Details und anschließende Bewertungen auf Facebook nachzulesen sind, und darauf, dass in Langenfeld das von ihnen gewünschte Betreuungsmodell von 25% der Grundschüler wahrgenommen wird.

In aller Bescheidenheit fordern sie jetzt nicht die unmittelbare Realisierung ihres Wunsches, sondern erst einmal nur die Bedarfsermittlung.

Beschluss im Haupt- und Finanzausschuss am 11.09.2015, gefasst mit den Stimmen der Peto-Fraktion und des Bürgermeisters: Der Anregung zur Ermittlung des Bedarfs wird nicht gefolgt. Ein Verweis in den Fachausschuss mit dortiger Beratung wird abgelehnt.

Noch ein Beispiel: Der Birkenweg

Der Antrag, die Einbahnstraße Birkenweg für Radfahrer auch in Gegenrichtung zu öffnen, führt zur Entscheidung der Verwaltung, die seit Jahrzehnten geltende Einbahnregelung zu beseitigen.

Auch in diesem Falle stellen die Betroffenen einen Antrag nach §24 Gemeindeordnung; sie wünschen die Beibehaltung der bewährten Einbahnregelung.

Ergebnis: Wie im vorherigen Fall gibt es mit Peto-Mehrheit keinen Verweis in den Fachausschuss, sondern die unmittelbare Ablehnung.

Ich fasse diesen Abschnitt meiner Rede in größtmöglicher Kürze zusammen, indem ich die Überschrift eines Kommentars der Rheinischen Post vom 28.11.2015 (Seite Monheim C3) zur Peto-Politik zitiere:

„Ausdauernd selbstgefällige Peto“

Es stellt sich die Frage nach dem Selbstverständnis der Mehrheitspartei Peto. Dieses zu erkennen hat uns eine Analyse in der Rheinischen Post vom 14.07.2015 (Seite Monheim C3) ermöglicht. Bisher war es schwergefallen, Peto zu verorten, da ein Parteiprogramm nicht existiert.

Jetzt wird die Frau Fraktionsvorsitzende zitiert:

„Wir machen aktuelle Politik, die sich am jetzigen Bedarf orientiert, nicht an Ideologien, die irgendwann in der Vergangenheit erfunden wurden.“

Nach meinem Selbstverständnis, dem meiner Parteifreunde, gewiss auch dem der CDU-Mitglieder hier im Hause, benötigt jedes politische Handeln einen Kompass, der zu einer Grundausrichtung verhilft. Ich will hier nicht das Grundsatzprogramm der SPD zitieren; es soll nur klar sein: Es gibt eines, um das immer wieder gerungen und gestritten wird, das aber letztlich den Leitfaden für das politische Handeln bildet. Im Kern steht der Begriff der Solidarität, die – hier zitiere ich Norbert Blüm (CDU) „die politische Form der Nächstenliebe“ darstellt.

Wer sich nur am aktuellen Bedarf orientiert, lässt einen Kompass vermissen und muss

natürlich die Programme der anderen Parteien als Ideologien, erfunden irgendwann in der Vergangenheit, diskreditieren.

Was wir derzeit in Monheim erleben, ist eine Politik, der das Augenmaß verlorengeht, eine Politik von oben herab. Von oben herab:

Dazu gehören auch so manche gute Ratschläge an Dritte. Wer als Monheimer Kommunalpolitiker derartig lange Zeit in Nothaushalten verbringen durfte und sich dabei immer wieder wohlmeinende Ratschläge wohlhabender Nachbarn anhören musste, kann wohl eher die Gemütslage derjenigen verstehen, die nun aus Monheim – oft auch von oben herab – Ratschläge bekommen. Ratschläge können eben auch schmerzhaft Schläge sein.

Von oben herab: Dazu passt eine weitere Information aus dem Interview vom 14. Juli 2015:

(Die Fraktionsvorsitzende) „betont, dass ihre Partei bereit sei, gut begründete Anträge der anderen Fraktionen jederzeit mitzutragen.“

Wer traut sich – oder gar maßt sich an, die Anträge der anderen Fraktionen als gut oder weniger gut begründet zu bewerten? Nur die Mehrheitsfraktion.

Ich stelle fest und wiederhole, dass uns im Stadtrat die für kluges Entscheidungsverhalten entscheidende Kultur des ernst gemeinten Gedankenaustauschs verloren gegangen ist.

Ernst gemeinten Gedankenaustausch hatten wir bis zur letzten Kommunalwahl im Mai 2014.

Bereits im Vorjahr habe ich gesagt, es dürfe eigentlich gar nicht schwer sein, abweichenden Positionen im Rat mit Akzeptanz zu begegnen. Es scheint jedoch überaus schwierig schwer zu sein. In diesem Jahr ist im wörtlichen wie übertragenen Sinne sehr viel Porzellan zerschlagen worden. Es bleibt die Hoffnung für das kommende Jahr, dass sich die Verhältnisse wieder positiv entwickeln und die notwendige Balance im Umgang mit dem Geld und mit der Macht wieder gefunden wird.

Die SPD-Fraktion ist und bleibt auch in Zukunft ein verlässlicher und konstruktiver politischer Partner.

Dank

Nicht nur aus Traditionsgründen möchte ich auch jetzt an dieser Stelle all denen im Rathaus danken, die für die Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs zuständig gewesen sind. Wir wissen, dass über die Kämmerei hinaus sämtliche Bereiche der Verwaltung Anteil an dieser Arbeit haben. Allen gilt unser Dank.

Im Laufe der Beratungen war es erforderlich, Detailfragen an verschiedene Stellen im Rathaus zu richten; ich kann bestätigen, dass wir stets zuvorkommend und umfassend informiert wurden.

Die neue Haushaltsstruktur hat uns die Arbeit natürlich eher erschwert als erleichtert, wobei weniger die Umstellung an sich als die fehlende Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen der Vorjahre die größere Mühe bereitete. Ich gehe davon aus, dass die Beratungen im kommenden Jahr vom Lernprozess dieses Jahres profitieren werden.

An anderer Stelle habe ich die Belastungen der Beschäftigten im Rathaus erwähnt. Ich nutze diese Gelegenheit, im Namen der SPD-Fraktion jedem Einzelnen für die Leistungen zu danken, die für die Menschen in unserer Stadt im ablaufenden Jahr 2015 erbracht worden sind.

Abschlussbewertung

Die Entscheidung über den Haushaltsplan legt stets mehr als nur finanzielle Kriterien an. Sie berücksichtigt das gesamte politische Handeln der entscheidenden Personen. Ich habe aufgeführt, welche positiven wie auch negativen Aspekte bei unserer Entscheidung eine Rolle gespielt haben.

In der Bewertung des Haushaltsplans für das Jahr 2016, verbunden mit den Rückblicken auf das Jahr 2015, überwiegen für uns dieses Mal eindeutig die negativen Anteile.

Die SPD-Fraktion lehnt den Haushaltsplan für das Jahr 2016 ab.

Monheim am Rhein, 16.12.2015

Werner Goller
Fraktionsvorsitzender